

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 13.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften.

Abbestellungspreis: Die Expeditionen Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Nr. 120

Donnerstag, den 26. Mai 1921

12. Jahrgang

Deutsch-französische Verständigung.

Reichskanzler Wirth über die Politik der Erfüllung.

Karlsruhe, 25. Mai. Reichskanzler Dr. Wirth traf heute vormittag auf der Durchreise nach Freiburg hier ein und begab sich in das Staatsministerium. In einer Rede an seine ehemaligen Ministerkollegen führte er u. a. aus: Wir haben das Ultimatum mit Ja beantwortet. Es war notwendig, um der Freiheit des deutschen Volks willen. Es war ein aufrichtiges, ein deutsches Ja, und nicht etwa akademische Erörterungen. Akademische Erörterungen sind ein Jahr hindurch gerade genug gepflogen worden; sie haben zu nichts geführt. Es war ein Jahr, das ein Zeitalter der Leistungen einschließen sollte. Leistungen allein können die Welt von dem guten Willen Deutschlands überzeugen. Wenn wir zwei Jahre zurückblicken, dann wäre es wirklich unrecht, nicht anzuerkennen, daß inzwischen sich doch einiges gebessert hat, und wenn es uns nun glückt, die Wiederbelebung der Wirtschaft und des Handels durch Förderung der Produktion, insbesondere der landwirtschaftlichen Produktion, zu erreichen und in Deutschland dem hungernden Magen wieder genügend Nährstoffe zuzuführen, so wird das deutsche Volk auch freiwillig beachtliche Leistungen aufbringen. „Um der Freiheit willen“ haben wir ja gesagt. Ich könnte mir nichts Schrecklicheres vorstellen, als daß ich die großen Industriegebiete Deutschlands der Rheinlande und Westfalens, wo doch das Herz unserer ganzen Produktion schlägt, unter die Gewalt Fremder gestellt sehe. Ich glaube, daß die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere die Arbeiter von Rheinland und Westfalen, selbst uns dafür dankbar sein werde, weil wir ihr dadurch die Möglichkeit gegeben haben, in freier Arbeit als freie politische Staatsbürger das deutsche Volk gerade an der Stelle retten zu helfen, wo es am verwundbarsten ist. Wohl weiß ich, daß das Ja Unbarmherziges in sich schließt. Es muß daher an den Willen aller appelliert werden, die überhaupt den Gedanken der Freiheit in sich aufnehmen können. Die Waffen werden wir zum großen Teil aus den Händen geben. Um so mehr aber werden wir den Standpunkt des Rechts für das deutsche Volk betonen. Von diesem Gedanken ausgehend, habe ich auch im Reichstage erklärt, daß es für uns unerträglich wäre, wenn die oberschlesische Frage durch die Diktatur eines polnischen Insurgenten gelöst werden sollte. Wir verlangen, daß das durch den Friedensvertrag gewährte Recht zur Geltung komme, wonach das Plebiszit in Oberschlesien als Ausdruck des intimsten demokratischen Lebens in Deutschland von allen Völkern geachtet werden muß. Wir wollen unsererseits zeigen, daß wir gewillt sind, aufrichtig und ehrlich auf klar vorgezeichneter Bahn Politik zu führen, unterstützt von dem größten Teil unseres Volkes. Alle Kreise werden Opfer bringen müssen. Ich weiß nicht, ob alle Kreise des deutschen Volkes wirklich Opfer gebracht haben. Wenn man da und dort durch die deutschen Bande geht und den frechsten Luxus sich breit machen sieht, dann darf man flüchtig verlangen, daß in der beginnenden Zeit der Arbeit alle Kreise unseres Volkes sich, was die Lebenshaltung betrifft, in solchen Bahnen bewegen, daß es erträglich ist gegenüber den Leistungen, die alle auf sich nehmen müssen. Wir wollen nicht auf neue Kriege sinnen, wir wollen jetzt die Freiheit, die uns die Arbeit gibt. Ich rufe also nicht auf zum Schmieden neuer Waffen, sondern ich rufe auf zu einem Bekenntnis des Rechts, und einem Bekenntnis zu einer freien und großen Arbeitsleistung. Wir wollen sie zu organisieren versuchen, wir wollen uns nicht in politische Träumereien verlieren. Aber irgendwelche wilde Form der Ausdrucks politischer Betätigung außerhalb des Rahmens des Gesetzes gar, die außenpolitisch uns nur in Schwierigkeiten bringen, müssen wir unbedingt ablehnen. Auf dem Boden des Rechts, auf dem Boden der Arbeit vorwärts und, so Gott will, wieder einmal aufwärts einer neuen Zeit entgegen!“ (Beifall.)

Briands Vertrauen auf das Kabinett Wirth.

Paris, 25. Mai. Bei der heutigen Fortsetzung der Beratung der Interpellationen über die auswärtige Politik in der Kammer, sagte Ministerpräsident Briand: Er habe gestern loyal zugegeben, daß Dr. Wirth offensichtlich erklärt habe, es sei notwendig für das besiegte Deutschland, seine Verpflichtungen anzuerkennen und zu erfüllen. Er müsse ferner sagen, daß alle Antworten auf die gestellten Forderungen befriedigend gewesen seien. Es sei Zeit, daß man zu Tatsachen zurückkehre. Die französische Regierung habe ein sehr klares Programm, und ihre Entschlüsse

gen seien getroffen; sie seien Deutschland übermitteln worden. Die Sanktionen könnten angewandt werden. Der Reichstag habe das Ministerium gebittet und sich bereit erklärt, die Verpflichtungen Deutschlands auszuführen. Wohl gebe es Hintergedanken in Deutschland, aber es seien keine Staatsmänner und alldeutsche Industrielle an der Macht, die sich den Verpflichtungen entziehen wollen. Man habe die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Und wenn Deutschland sich morgen seinen Verpflichtungen entziehen wollte, dann werde Frankreich das Nötige ausführen. (Beifall.) Er hoffe, daß nun endlich das Band Fühlung mit den Realitäten nehme. Das Band sei voll Vertrauen und glaube, man verlange nicht von ihm, daß es einem Optimismus auf Befehl dienstbar sei. Aber man habe doch nötig, dem Lande gute Realitäten zu bringen; man dürfe es nicht in Wolken hüllen. Er habe nicht das Recht, im voraus zu sagen, die deutsche Regierung sei aus Männern zusammengesetzt, die versuchen würden, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen.

Das deutsche Volk beginne die Augen zu öffnen. Die Mehrheit des Reichstages habe dem Kanzler Vertrauen entgegengebracht; sie habe gesagt, Deutschland wolle entgegennehmen und zahlen. Man dürfe sie nicht entmutigen. Würde man das tun, so wäre das nicht nur ein Fehler, sondern auch eine schlechte Handlung. Man befände sich jetzt einem Schuldner gegenüber, der erklärt, daß er die Bedingungen Frankreichs annehme. Man besitze die nötige Kraft, um zu handeln, man hätte sie in Reserve. Briand fragt, ob es nicht zur Ehre Frankreichs sei, wenn es seine Verpflichtungen anerkennend. Es sei eine gute Politik, man müsse an ihr festhalten. (Diese Erklärung des Ministerpräsidenten findet einmütigen Beifall.) Den vom Abgeordneten Barthélemy erhobenen Vorwurf, er habe die Kammer vor ein fait accompli gestellt, weist Briand zurück und gibt sodann eine Erklärung ab, in der er u. a. sagt: Man frage sich, was geschehen werde, wenn Deutschland noch einmal seine Verpflichtungen nicht erfülle. Man frage, ob eine neue Zusammenkunft des Obersten Rates nötig sei, bevor man die Sanktionen ausführe. Wenn es sich um eine Verletzung handele, von der in der Erklärung in London nicht die Rede sei, dann ja. Wenn der Vorkonferenzrat nicht zu einem Beschlusse kommen könne, dann müsse der Oberste Rat die Entscheidung treffen. Aber wenn Deutschland Beweise der Nichterfüllung gebe, dann stehe für jeden der Alliierten das Recht zur Ausführung der Sanktionen zu. Wenn wir gestern infolge einer Verletzung Deutschlands die Städte Ruhrort, Düsseldorf und Duisburg besetzt hätten, würden die englische und die belgische Regierung loyal den Befehl erteilt haben, daß ihre Truppen sich den französischen anschließen. Er habe nicht das Recht daran zu zweifeln, daß es morgen nicht ebenso sein werde. (Beifall.) Aber selbst wenn unsere Alliierten sich in einer Lage befinden würden, die ihnen nicht gestattet, das zu tun, dann könne Frankreich mit eigenen Mitteln, also allein, vorgehen.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Paris, 25. Mai. Heute vormittag empfing Ministerpräsident Briand die Mitglieder des Bureau des Aktionsausschusses für die zerstörten Gebiete, denen sich mehrere Parlamentarier angeschlossen hatten. Der Präsident des Ausschusses, der leinergest anlässlich des von der C. G. T. organisierten Kongresses gehalten worden ist, aber eine durchaus selbständige Abweichung darstellt, wies auf die traurige Lage der geschädigten Bewohner hin, die sich mit der Forderung nicht mehr begnügen wollten, sondern von der Regierung einen Gesamtplan für den Wiederaufbau verlangten. Der Sekretär des Ausschusses Douceaux erinnerte an die auf dem erwähnten Kongress gefassten Resolutionen und verlangte, daß so bald als möglich in den besonders schwer verwüsteten Gebieten der sogenannten roten Zone ein Versuch mit der deutschen Zusammenarbeit gemacht werde. Der Senator Corpetit und der Republikaner Deguise erklärten, ein großzügiger Wiederaufbau ohne Mitarbeit aller Völker, insbesondere des deutschen Volkes, sei unmöglich. Ministerpräsident Briand erwiderte, er sei ohne Vorbehalt für die Verwendung deutscher Material und ebenso für die Heranziehung deutscher Arbeitskräfte unter der Voraussetzung, daß es sich um gelehrte Arbeiter handelt, und daß die Eingebundenheit der fraglichen Gebiete damit einverstanden sei. Die deutsche Mitarbeit in natura, die unter der vorigen alldeutschen Regierung nicht in Frage gekommen sei, könne jetzt verwirklicht werden. Er glaubte tatsächlich an die Aufrichtigkeit der neuen deutschen Regierung, die anerkannte Anstrengungen mache, um ihre Verpflichtungen innehalten zu können. Briand sagte: Er stehe einem sofortigen Versuch der Verwendung deutscher Arbeitskräfte in der roten Zone günstig gegenüber. Er schloß mit der Bemerkung, er wünsche mit dem Ausschuss in Fühlung zu bleiben und würde nicht unterlassen, ihm die Beschlüsse der Regierung mitzuteilen.

Das oberschlesische Seerlager.

Die Note der französischen Regierung vom 19. Mai über Oberschlesien und die deutsche Antwort vom 25. Mai gehen in ihren Meinungen vielfach auseinander, leider aber stimmen sie nicht überein. In einem Punkt vollkommen überein, nämlich darin, daß die oberschlesische Frage für den allgemeinen Frieden besonders gefährlich ist.

Es ist notwendig, die Dinge dort so objektiv wie nur möglich zu sehen. Wenn die französische Note von deutschen Freikorps spricht, die in Oberschlesien bereits im Kampfe stehen, so läßt sich die Richtigkeit dieser Behauptung nicht von vornherein völlig abstreiten. Es spricht vielmehr eine stark Wahrscheinlichkeit dafür, daß Mannschaften der in der französischen Note genannten Freikorps einzeln und unbestimmt über die Grenze gegangen sind und sich dann drüben formiert haben, um den Selbstschutz der eingeschlossenen Bevölkerung zu unterstützen. Zugleich haben sich die deutschen Selbstschutzzorganisationen, die bisher ganz oder teilweise der Abstimmungsbehörde angegliedert waren, zu einer selbständigen Organisation zusammengeschlossen und einen hohen Offizier des alten Heeres, Generalleutnant Hoefler, einen geborenen Oberschlesier, zu ihrem Führer gewählt. Zum dritten wird bestätigt, daß englische Truppen, vier Bataillone, im Einmarsch begriffen sind.

Danach gibt es jetzt in Oberschlesien eine Unsumme bewaffneter Organisationen, deren Verhältnis zueinander ziemlich unklar ist. Auf der einen Seite stehen die polnischen Insurgenten mit ihren in kleinen Bezügen zur polnischen Armee. Auf der andern Seite steht der deutsche Selbstschutz und stehen die hinübergeschickten Freikorps, von denen man noch nicht weiß, ob sie sich dem Kommando Hoeflers unterstellt haben. Zwischen den beiden Heerlagern stehen die vorhandenen oder im Anmarsch begriffenen Truppen der Alliierten, aber nicht als eine Einheit, sondern in ihrer Haltung sehr stark von einander unterschieden. Die Franzosen stehen ziemlich offen zu den polnischen Insurgenten, die Engländer und Italiener stehen gegen sie, was sachlich eine Annäherung an die Deutschen bedeutet. Nach Zeitungsmeldungen, die zunächst unkontrollierbar sind, sollen sich die deutschen Organisationen mit dem General Hoefler unter englischen Befehl gestellt haben, was auf alle Fälle von ihrem Standpunkt aus ein geschickter politischer Schachzug wäre.

Die französische Presse sieht die Dinge natürlich mit ganz andern Augen. Für sie ist die selbständige Organisation des deutschen Selbstschutzes ohne weiteres eine Erhebung gegen die Autorität der internationalen Kommission. Für sie stehen die deutschen Freischützer und Selbstschutzzugehörigen nicht nur auf einer Stufe mit den polnischen Insurgenten, sondern noch unter diesen. Frankreich will, daß sich die Spitze der weiteren Aktion, um Oberschlesien gegen die deutsche Bevölkerung und gegen ganz Deutschland drehen soll.

Es ist klar, daß unter solchen Umständen jedes rein militärische, ausschließlich von militärischen Bestimmungen und Gesichtspunkten geleitete deutsche Unternehmen eine sehr große Gefahr bedeuten würde. Grad und Richtung der militärischen Aktion müssen durch ein klares Urteil über die internationale Gesamtlage bestimmt sein. Sonst kann es leicht geschehen, daß Deutschland schließlich mit England im Stiche gelassen, in einen Hinterhalt hineingelockt wird.

Es ist jedenfalls torrett und klug, daß die deutsche Regierung das ihre getan hat, um die weitere Bildung von Freikorps und ihren Uebertritt über die Grenze zu verhindern. Auf das, was hinter den herabgefallenen Schlagbäumen passiert, hat sie keinen Einfluß. Wir nehmen an, daß sie auch der Wahl eines Generals der alten Armee zum Führer des deutschen Selbstschutzes vollkommen fern steht, die vielleicht für das internationale Urteil eine starke Belastungsprobe bedeutet, obwohl sich Hoefler in seinem Aufruf noch selbstlich vernünftig ausgesprochen hat. Sie ist aber auch nicht in der Lage, solange nicht eine ganz entscheidende Wendung der internationalen Verhältnisse eingetreten ist, den in Oberschlesien kämpfenden Deutschen militärische Hilfe zu gewähren. Nun muß man mit der Möglichkeit rechnen, daß das Vorgehen der Deutschen für Polen zum Signal wird, mit seinen regulären Truppen in Oberschlesien einzuziehen. Das gäbe dann die gefährlichste Lage, die man sich denken kann, da das deutsche Volk kaum instand sein würde, der Abschichtung seiner Landesteile in Oberschlesien durch eine überlegene Macht untätig zuzusehen. Ein offizielles Eingreifen Deutschlands in Oberschlesien wird aber hinwiederum von Frankreich als Kriegsfall betrachtet. Und was würde dann England tun?

In der „Humanität“ war dieser Lage eine Karikatur zu sehen. Frankreich-Marianne in einem Klubstessel fassungslos hingestreckt. Vor ihr der Geist Napoleons, der zu ihr spricht: „Wenn du dich schon noch einmal schlagen willst, dann schlage dich doch mit England, das macht mehr Spaß.“

Das wird es wohl nicht kommen. Mit solchen Maßstäben kann man nicht rechnen, und man darf sie auch nicht anwenden. Da sie aber in England ganz gewöhnlich nicht angewandt werden, ist die Stellung Deutschlands in Oberschlesien nicht so stark, daß es sich zu Unvorsichtigkeiten hinrichten lassen dürfte.

Oberschlesien ist heute eine Gefahr für den allgemeinen Frieden. Dieser Zustand muß nicht fort bestehen. Gerade darum darf die deutsche Regierung nicht zögern in dem Bestreben, eine Lösung zu finden, die der Gerechtigkeit entspricht und den allgemeinen Frieden erhält.

Sozialdemokratie und Gegenwartsstaat.

Von Dr. Werner Belfer.

Probleme der sozialistischen Theorie und Praxis, die bis zum Weltkrieg hin, noch bis zur Revolution den Gegenstand unablässiger Erörterung in der Sozialdemokratie bildeten, gelangen heute nicht mehr zur Diskussion, teils weil die Ueberfülle aktueller Gegenwartsforderungen und Logenerrignisse eine theoretische Untersuchung erschwert, teils weil einige der wichtigsten Fragen durch die Revolution ihre praktische Lösung gefunden haben. Der Streit, der in der Sozialdemokratie jahrzehntelang um die Frage: Revisionismus oder Radikalismus? geführt wurde, und als dessen hauptsächlichste Vertreter Ch. Bernstein auf der einen, Karl Kautsky auf der anderen Seite gelten, sind seit einiger Zeit nicht mehr aufs Tapet gebracht, ohne daß eine positive Lösung in dem einen oder anderem Sinne erfolgt wäre. Bei der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei im März 1918, von der sich die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ abspaltete, die sich später den Namen „Unabhängige Sozialdemokratie“ zulegte, glaubte man feststellen zu können, daß nunmehr eine klare Scheidung erfolgt sei: der oberflächlichen Betrachtung schien es, als gehörten die Vertreter des Revisionismus der U. S. D., die des Radikalismus der S. P. D. an. In Wirklichkeit war dies nicht der Fall, wie das Beispiel des Genossen Bernstein bewies, der sich, obwohl man ihn als „Vater des Revisionismus“ bezeichnete, der U. S. D. eine Zeitschrift angeschlossen. Es zeigte sich eben, daß die Parteispaltung nicht aus prinzipiellen und grundsätzlichen Erwägungen erfolgt war, sondern daß die tatsächliche Frage der Bewilligung der Kriegskredite Anlaß zu der Spaltung gegeben hatte, die mit prinzipiellen Erörterungen wenig oder nichts zu tun hatte.

Die grundsätzlichen Fragen sind also nicht gelöst, und wenn heute die Kommunisten behaupten, Sachverwalter des Marschen Erbes und alleinige Vertreter des konsequenten Klassenkampfgedankens zu sein, so erhebt sich links von ihnen ein neuer Gegner, der wiederum die Anwartschaft auf den prinzipiell reinen Radikalismus im Besitz zu haben behauptet. Es zeigt sich also, daß die Sozialdemokratie keineswegs grundsätzlichen Erörterungen aus dem Wege gehen darf, mit denen sie sich vor dem Kriege beschäftigte, um so weniger, als sie durch die Lage der Dinge zu einer praktischen Stellungnahme einer Reihe bisher lediglich theoretisch erörterter Fragen gegenüber gezwungen wurde.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu dem Gegenwartsstaat in den Jahren und Jahrzehnten vor dem Kriege war noch verhältnismäßig einfach. Man bekämpfte die brutale Gesellschaftsform als eine kapitalistische, und dieser Kampf fand bei den Staatsdebatten im Reichstag mit dem Slogan: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ seinen äußeren Ausdruck. In dieser bequemen Lage befindet sich die Sozialdemokratie heute nicht mehr. Wenn von kommunistischer Seite der Vorwurf gegen sie erhoben wird, sie sei ihrem Prinzip der Staatsbekämpfung untreu geworden, so darf einmal darauf hingewiesen werden, daß die Sozialdemokratie dem Staatsgedanken als solchem durchaus nicht ablehnend gegenübersteht, ja, daß der Sozialismus und seine Gesellschaftsform in gewissem Sinne eminent „staatsbehaltend“ sind, ferner daß die Revolution Verhältnisse geschaffen hat, die berücksichtigt werden müssen, und daß die Sozialdemokratie im Gegensatz zu der bürgerlichen Reaktion sehr eingehend die Revolution als Faktor in ihre politischen Handlungen einbezieht.

Grundsätzlich ist unsere Stellungnahme folgende: Der gegenwärtige Staat — in diesem Zusammenhang ist nur von deutschen Verhältnissen gesprochen — hat an Stelle der konstitutionellen Monarchie den demokratischen Parlamentarismus oder die parlamentarische Demokratie. Die Sozialdemokratie hat die Reichsverfassung, wie die preussische Verfassung angenommen, ja, sie hat wesentlich an ihrem Zustandekommen mitgearbeitet, und so ist es eine selbstverständliche Konsequenz, daß sie an dem Schutze dieser Verfassung interessiert ist. Die Sozialdemokratie ist durch die idealistische Entwicklungslehre Hegels, die von Marx aufgenommen und nach der materialistischen Richtung hin umgestaltet wurde, historisch-philosophisch geklärt genug, um den realen Charakter aller staatlichen wie menschlichen Einrichtungen überhaupt zu kennen. Sie weiß, daß Verfassungen, wie sie nicht für die Ewigkeit geschaffen sind, so auch nicht in Ewigkeit bestehen. Man braucht nicht unablässig das Schlagwort von dem Uebergangscharakter unserer Zeit zu betonen — jede Zeit ist Uebergangszeit in dem Sinne, als sie die Brücke von einer Epoche zur anderen bildet —, um genügend klar zu sehen, daß die gegenwärtigen deutschen Verfassungen gleichfalls nur Sprungbretter für eine Neugestaltung der Dinge sind. Wie das Betriebsrätegesetz den Anfang einer neuen Wirtschaftsform bildet, wie die Wählbarkeit des Reichspräsidenten einen Bruch mit der Vergangenheit darstellt, so bedeutet die Verfassung eine Abgabe an die alte, einen Wink für die neue Zeit. Diese bedarf einer Institution, auf der sie sich aufbauen, aus der sie heranzuwachsen kann, und von diesem Gesichtspunkte aus ist es nicht mehr möglich, mit dem alten Schema von der Negation des Staates auszukommen, sondern wir müssen im Wege der Dialektik allmählich uns zu einer — um wiederum mit Hegel zu sprechen — „Negation dieser Negation“ hinaufentwickeln, damit die neue künftige Form Lebensmöglichkeit erhält.

Hieraus ergibt sich unsere Stellungnahme zum Gegenwartsstaat und seinen Problemen: Wir bekämpfen ihn, weil und soweit er kapitalistisch ist, wir anerkennen ihn, weil und in dem Maße, in dem er die Formen angebotener Leben, die mit einem Inhalt zu erfüllen, Aufgabe kommunaler Organisation ist. Die Ueberwindung der demokratischen Demokratie für die neue Wirtschaftsform ist eine Aufgabe, die die Sozialdemokratie ablehnt, und die gegen das Programm, welches die Politik der bürgerlichen Reaktion, des Kompromisscharakter, den sie mit Hilfe der Sozialdemokratie zustande gekommenen staatlichen Strukturen an der Stirn tragen, betragen auch wir, und es bedarf keiner besonderen Hervorhebung der Kommunisten, um uns hierüber zu äußern. Nicht ist es jedoch mit unerschütterlicher Festigkeit nicht möglich, die Ueberwindung der demokratischen Demokratie, um im allen über den Ueberwinden ihrer Arbeit anzufangen, und es wäre ein Verbrechen, wenn die gesamten Arbeiterklasse, wenn die Sozialdemokratie diese Aufgabe auch nur einen Augenblick vernachlässigen würde. Das ist natürlich nicht gemeint zu tun, daß die Ueberwindung dazu führen können, die Partei auf längere oder kürzere Zeit in die Opposition zu drängen, wie es häufig in Krisen geschehen ist. Die kritische und ablehnende Haltung, die auch hier letzten Endes zum Zweck der Ueberwindung und ist weit fruchtbringender, als eine noch so „sozialistische“ Ablehnung durch die Kommunisten.

Unsere Stellungnahme zum Gegenwartsstaat bedeutet nicht seine begeisterte Anerkennung. Der Kapitalismus ist nach wie vor unser Feind. Wir glauben ihn aber nicht dadurch wirksam bekämpfen zu können, daß wir uns in eine Ecke stellen und ihn mit ablehnender Miene betrachten, sondern dadurch, daß wir ihn angreifen, wo er uns begegnet. Durch unsere Arbeit im Sinne der Demokratie und des Parlamentarismus graben wir dem kapitalistischen Gegenwartsstaat das für seine Existenz auf die Dauer notwendige Wasser ab. Die Entwicklung im Kosmos geht nicht sprunghaft, die Entwicklung in der Gesellschaft ebensowenig; aber durch dauernde Mitarbeit an den Aufgaben des Gegenwartsstaates, durch Kritik und durch Aufbau, durch Ablehnung und durch Reuschaffung können wir das Ziel beschleunigen, das der Sozialdemokratie von jeher vor Augen schwebte: die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft.

Amerika und Deutschland.

Von einem deutsch-amerikanischen Genossen erhält unsere reichsdeutsche Parteipresse folgende Zuschrift:

Das Ultimatum ist angenommen! Die wirtschaftlichen Folgen müssen in absehbarer Zeit erfüllt werden. Viele Deutsche hoffen, durch den nun doch kommenden Frieden mit Amerika werden wir bessere wirtschaftliche Verbindungen zur Erfüllung dieser Forderungen bekommen. Es muß darum die wirtschaftliche Lage Amerikas einmal in dem Zustand, wie sie jetzt ist, betrachtet werden. Die meisten machen den Fehler, fest und ständig das Amerika der Vorkriegszeit vor Augen zu haben. So gut wie sich das europäische Wirtschaftsleben innerhalb des Krieges umgestellt hat, hat sich eine Umwandlung auch in Amerika vollzogen. Vor dem Kriege waren ungefähr 60 Prozent der amerikanischen Bevölkerung an den landwirtschaftlichen Betrieben des Landes interessiert. Vierzig Prozent wohnten in Städten und lebten von Industrie und Handel. Die gewaltig aufgeblähte Kriegsindustrie hat durch ihre Löhne eine Landflucht der Arbeiterschaft verursacht, so daß wir jetzt 60 Prozent industriell orientierter Bevölkerung und 40 Prozent agrarisch interessierter Kreise haben. Durch den Waffenstillstand wurde auch die Kriegsindustrie Amerikas genau wie die Europas zur Umstellung gezwungen. Die geschaffenen Produktionsmittel verfangen Abnahmestellen. Diese fand man zunächst in den südamerikanischen Staaten. Die südamerikanischen Staaten waren aber auch das erste Absatzgebiet, das der deutschen Industrie auf dem internationalen Markt sich öffnete. Deutschland hat innerhalb eines Jahres für den Anfang riesige Summen nach dort exportiert. Vom Standpunkt Südamerikas gesehen, war Deutschland 40 Prozent billiger, als der amerikanische Konkurrenz. Die abgehängte junge amerikanische Industrie mußte auf Grund der deutschen Konkurrenz Betriebsstillegungen und Arbeiterentlassungen vornehmen. Ein Zurückfallen der Arbeiterschaft auf das Land ist schwerer wie der umgekehrte Zustand. Der amerikanische Arbeiter verlangt deshalb genau so gut wie jeder andere einen Schutz vor der deutschen Konkurrenz. Die agrarischen Kreise Amerikas verlangen aber einen Abzug ihrer produzierten Lebensmittel nach Europa und verlangen darum, daß Amerika mit Deutschland und seinen ehemaligen Verbündeten in Handelsbeziehungen tritt. Riesige Mengen von Getreide sind dem Verderben ausgeliefert und werden zum Teil zu Heizzwecken verwandt. Amerika ist auf Grund dessen in zwei Lager gespalten, das industrielle und das agrarische. Der industrielle Kreis nach der Haupteinnahme, während der landwirtschaftliche Teil freihändlerisch gesonnen ist. Vor dem Kriege hatte der letztere Teil das politische Uebergewicht, aber auf Grund der äussern mächtigen Forderungen hat sich das Verhältnis jetzt verkehrt. Deutschland kann seine Verpflichtungen nur erfüllen, wenn seine Industrie gut durchorganisiert ist und riesige Absatzmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Dieses ist aber nur möglich, wenn ein agrarisch interessiertes Amerika uns die Hand zum Bündnisse reicht. Eine durchgehende Verständigung wird deshalb nur möglich sein, wenn die Wirtschaftskrise, welche augenblicklich in Amerika grassiert, ausgeglichen und der Ueberdruck der Bevölkerung wieder aufs Land herausgebracht hat. Die amerikanischen Farmer drohen auf Grund der sinkenden Absatzmöglichkeiten mit Produktions einschränkungen, und dieses würde noch mehr zu einer Ernährungskatastrophe der Welt führen. Die ganze Umstellung der Wirtschaft wird Zeit in Anspruch nehmen, und wenn die deutsche Arbeiterschaft eine Hilfe von Amerika erhofft, wird sie gut tun, die wirklichen wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes zu berücksichtigen, denn die wirtschaftlichen Notwendigkeiten allein werden es sein, die Deutschland und Amerika einander näher bringen.

Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Bildung von Freikorps für Oberschlesien.

Berlin, 24. Mai. (Westf.) Um eine Unterlage für die nach dem Uebertrag der Bildung von Freikorps und andere Freiwilligenverbände für Oberschlesien in den anderen Teilen des Reiches zu geben, hat der Reichspräsident auf Antrag des Reichsministers in Ausführung der Befehle des Reichspräsidenten eine besondere Verordnung erlassen. Danach wird mit Selbstwehr oder Selbstschutz, wie es unterstellt, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer Art zusammengeschlossen, oder wer an solchen Verbänden teilnimmt, nach jeder Art der Unterstützung solcher Unternehmungen in dem Reichsgebiet, ebenso die Werbung und Anwerbung von Wehrkräften in der Presse. Die Verordnung bezieht sich in dem die Verwaltung des Reiches betreffend, denen auch die Regelung des Selbstschutzes dort unterliegt.

Stellungnahme des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu Oberschlesien.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam hat, wie die U. S. D. melden, in seiner letzten Sitzung am Freitag auch zu dem politischen Zustand in Oberschlesien und zu den vorgeschlagenen handelspolitischen Verhandlungen zwischen polnischen und deutschen Arbeitern Stellung genommen. Die der Sitzung vorausgehenden Besprechungen über den polnischen Text der Erklärung, die das Bureau sich entschied, die Zentralkommission der polnischen Gewerkschaften in Warschau und eine Kommission aus Oberschlesien zu der Vorstandsbesitzung zuzuleiten. Die ober-schlesische Kommission konnte jedoch nicht nach Amsterdam kommen, weil die Leitung namens des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Sitzung mittelste, infolge der politischen Befehle keine Verbindung mit den Genossen in Oberschlesien herzustellen war. Bericht erforderte lebhaftes Bedauern über die politischen Gewalttätigkeiten und deren Begünstigung durch die französische Regierung, aber auch über die politischen Gewerkschaften in Oberschlesien, die schon in einem Rundschreiben vom 22. März gegen alle deutschen und polnischen Arbeiter, die bei der Nachwahl am 20. März für Deutschland votiert hatten, die Trostung richteten, daß diese Genossen damit ihr eigenes wirtschaftliches Loburteil gesprochen hätten. Dies sollte heißen, wie es weiter in dem Rundschreiben auch offen ausgesprochen war, daß man ihre weitere Beschäftigung in ober-schlesischen Industriegebieten nicht zulassen werde. Der Vertreter der Gewerkschaften Polens, Zuzanek aus Warschau, bezeichnete die polnische Organisation, die dieses Rundschreiben erlassen hat, als eine gelbe und nationalistische Gewerkschaft. Er behauptete die vorgeschlagenen Gewalttätigkeiten und hielt den ganzen Zustand für überfällig und daher zwecklos. Ich habe es aber ab, die beteiligten Leute schon zu verdammen, weil man sie erst hören müsse. Weiter behauptete der Vertreter Polens, daß auch die deutschen Arbeiter nicht schuld seien, sondern daß auch ihnen Gewalttätigkeiten gegen polnische Arbeiter nachgewiesen werden könnten. So war seine Rede wie der Vertreter Deutschlands in seiner Erörterung feststellte im Grunde genommen doch nur eine Verteidigung des polnischen Auffassens. Auch Dubegest meint deshalb am Schluß der mehrstündigen Aussprache, er hätte gewünscht, daß Zuzanek weniger nationalistisch gesprochen hätte. Das Ergebnis der Beratung war, wie wir bereits gemeldet haben, daß der Internationale Gewerkschaftsbund eine aus Jouxhaux-Paris, Williams-London und Simmen-Amsterdam bestehende Untersuchungskommission nach Oberschlesien entsendet, die dort an Ort und Stelle in Gegenwart von deutschen und polnischen Gewerkschaftsvertretern die nötigen Feststellungen für eine objektive Beurteilung der Schuldfrage vornehmen soll.

Amerikas neuer Völkerverbundplan.

Paris, 24. Mai. Nach einem Kabeltelegramm der „Chicago Tribune“ aus Washington ist dort gestern Abend bekannt geworden, daß der Völkerverbund der Vereinigten Staaten in London einen neuen Völkerverbund beschloß, der dazu bestimmt ist, dem gegenwärtigen Völkerverbund zu ersetzen. Garvey ist auch bereits ermächtigt, den Völkerverbund den Vertretern fremder Regierungen zugleich mit den Bedingungen, die Amerika für einen offiziellen Schritt in dieser Angelegenheit stellt, bekannt zu geben. Dem Völkerverbund liegt im allgemeinen der Plan der Gagner Konferenzen zu Grunde. Er betone die Idee eines Welt-Schiedsgerichtshofes, vor dem Streitigkeiten in jeder Hinsicht mit dem internationalen Recht verhandelt und entschieden werden, während 3 w a n g s m a h n a m e n a u s g e s c h l o s s e n sein sollen. Garvey habe Anweisung erhalten, den Wunsch seiner Regierung klarzulegen, daß die interessierten Mächte im voraus sich äußern. Als Zeichen eines aufrichtigen Wunsches für das Zustandekommen des neuen Völkerverbundes werde zunächst die Anerkennung der amerikanischen Rechte mit Rücksicht auf die bis jetzt bereits getroffenen Entscheidungen betrachtet.

Sapiehas Sieg.

Paris, 24. Mai. Nach einem Telegramm des „Erfors“ aus Warschau hat der polnische Minister des Äußeren Józef Sapieha sein Rücktrittsgesuch zurückgezogen, nachdem er vom Ministerpräsidenten förmliche Zusicherungen darüber erlangt hat, daß der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten sich beim Minister wegen der Anschuldigungen entschuldigen müsse, die der Ausschuss ihm gegenüber vorgebracht habe, oder aber daß er zurücktreten müsse, ferner daß der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Pilsch trotz der Aufforderung der italienischen Regierung im Amte bleibe. Józef Sapieha habe auch die Bedingung gestellt, daß ihm in der ober-schlesischen Frage volle Handlungsfreiheit gelassen werde.

Neue Streikgefahr im mitteldeutschen Bergbau.

Berlin, 23. Mai. Der „Vofalar“ meldet aus Halle: Im Mansfelder Bergbau hat der Ausbruch einer neuen Krise befürchtet werden. Die auf Kohlenbau hinzielenden Verhandlungen sind völlig ergebnislos verlaufen. Die Arbeitsorganisationen haben zunächst den Reichsarbeitsminister zur Vermittlung angerufen.

Die Furcht vor der Wahrheit.

Düsseldorf, 24. Mai. Seit heute morgen ist im Bezirk Düsseldorf durch den französischen Oberbefehlshaber die Vorzensur aller Meldungen aus Oberschlesien verhängt worden.

Streikbeendigung in der oberbadischen Textilindustrie.

Freiburg, 24. Mai. Der Streit in der oberbadischen Textilindustrie ist nunmehr beigelegt. Die Arbeit wird zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen, doch kann vorerst nur ein Teil der Arbeiter eingestellt werden. Der Streit dauerte 8 Wochen.

Die Schweizer Transportarbeiter gegen Moskau.

Zürich, 23. Mai. Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Transportarbeiterverbandes schloß mit 107 gegen 27 Stimmen die Entsendung von Delegierten zu dem Gewerkschaftsjahreskongress in Moskau ab.

Diese Zahlen sprechen Bände, meine Herren, und ich meine, so steht die Veranlagung selbst im Jahre 1921 aus, von dem man immer sagt, daß die Dänen, die uns der Krieg aufgebüßt hat, nur allen gleichmäßig grinsen werden sollen. Aber, meine Herren, diese Zahlen beweisen, daß die Dänen gesamt, die uns durch den verlorengegangenen Krieg zu tragen hat, einzig und allein den Mittelstand aufhalten müssen, daß die das gesamte Wirtschaftslieben Danzig nur auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung aufhalten wollen. (Sehr wohl! links.) Und das kam und darf sich diese proletarische Klasse nicht gefallen lassen, um dieses Dänig wird sie kämpfen bis aufs Blut, das darf sie sich nicht gefallen lassen, wenn sie nicht verteidigt werden soll, wie sie es leider heute schon an der Hand der großen Kohlen der Arbeitlosen teilweise ist. Wenn aus den Kreisen der Schullehrer Nachfrage worden ist, daß bei den ärztlichen Untersuchungen zur Gültigkeit der Hälfte aller Volksschüler ohne Grund bei der Untersuchung sich herausgestellt hat, wenn sich herausgestellt hat, daß die Zahl jetzt ins Unreife wächst, die an der Aufzucht teilnehmen möchte, aber nicht teilnehmen kann, weil eben nur die ältesten und die Wespelich am meisten herangezogenen Kinder an dieser Aufzucht teilnehmen können, dann zeigt sich die Größe der Gefahr.

Dieses Steuergesetz und die Doppelbesteuerung im Steueranspruch betreffen uns auch neue, das Sie fortsetzen wollen, in diesem Sinne zu arbeiten, wie ich es hier schon kurz skizziert habe. Und das werden wir uns nicht gefallen lassen und darum werden wir auch gegen dieses Steuergesetz, welches jetzt als Vorstudie hier geschaltet werden soll, gegen besten Verabschiedung alle Mittel in Anwendung bringen, um dieses zu verhindern, damit das oberste Steuerrecht zunächst zur Verabschiedung im Steuerausschuß gebracht werden muß. (Stark! links.)

Abg. Wenz (U. S. V.): Küber den Gründen, die der Abg. Raab angeführt hat, herrscht auch deshalb starke Erregung in der Arbeiterklasse, weil hier verhandelt wird, auf Umwegen das Steuerprivileg für ein Jahr zu retten. Die Vorlage des Senats ist durch die bürgerliche Ausschussmehrheit verschlechtert worden. Die Einkommen bis zu 6000 Mark müssen steuerfrei bleiben. Der Restfall an Steuern kann durch Härtere Belastung der großen Einkommen ausgleichen werden. Ich unter dem Vorbehalt des Konsultationsrechtes gestellten Schiedsgerichts bedeuten eine Verdrängung der Arbeiterschaft. Bei den Beratungen im Stadtparlament über die neue Beamtenbelastungsreform sei festgestellt worden, daß damit auch das Steuerprivileg abgelehnt sei. Küber gab in bezüglichen Worten seine Entschiedenheit kund, daß die nicht abgenutzten Stühle jetzt für den Rest ihrer 12-jährigen Amtsperiode erhalten werden sollen, obwohl einzelne von ihnen bereits gutturale Störungen gefunden haben.

Abg. v. Scheller (D. P.) trat mit Rücksicht auf die Gedächtnisfeier der Gemeinderäte für das Steuerprivileg ein. Er beantragte Überweisung der Vorlage an den Steuerausschuß.

Abg. Wetz (Zent.): Die Steuerzahler verlangen eine Begleitung der Steuerfrage mit Steuern oder für das Bevollmächtigte, damit nicht zwei Curateln zugleich zu zahlen sind. Es steht zu erwarten, daß es zur Abschaffung des Steuerprivilegs kommen wird.

Abg. Kubert (Folk) gibt Kenntnis von einer Eingabe der Arbeitlichen Gewerkschaften, in der entgegen der Taktik der Behauptung die Offenbarung der Steuerfragen und die Befreiung des Steuerprivilegs für Beamte gefordert wird. Die polnische Fraktion werde gegen das Privileg stimmen.

Abg. Wetz (Zent.) weist darauf hin, daß in den Ausschüssen, in denen Beamtenfragen zu erledigen sind, die Beamten aus den bürgerlichen Parteien nicht stark vertreten sind. Auch im Steuerausschuß sei das Verhältnis der Beamten ausgleichend gewesen, auch dort waren die Beamten stark vertreten. Küber wird auf den Gegensatz in dem Verhalten der bürgerlichen Abgeordneten in den Ausschüssen und in der öffentlichen Sitzung hin. In den Ausschüssen werde nachher Interessenpolitik getrieben, in der öffentlichen Sitzung hängen sie sich ein schändliches Mantelchen um. Das Steuerprivileg sei mit großer Beschleunigung zu verabschieden. Das Privileg würden die Kommunisten mit allen Mitteln bekämpfen und seine Verabschiedung durch Obstruktion verhindern.

Abg. Graessl (Zent) beantragte die Abstimmung über das Steuerprivileg bis zum 28. Mai zu verlegen. Im Kesternauschuß ist diesbezüglich eine Einigung erzielt worden. Die Parteien der linken hätten reichhaltiges Material gesammelt. Eine Prüfung dieses Materials werde überhört den Senat und die bürgerliche Mehrheit veranlassen, das Steuerprivileg zurückzugeben. Deshalb sei es zweckmäßig, die Vorlage zu verlegen.

Der Antrag des Senats wird nahezu einstimmig angenommen. Das Haus verlegt sich daraufhin auf Freitag nachmittags 7½ Uhr. Schluß der Sitzung gegen 7 Uhr.

Danziger Nachrichten.

Die Tätigkeit des Danziger Berufsamtes.

Über das am 1. April abgelaufene Geschäftsjahr des städtischen Berufsamtes wird ein ausführlicher Tätigkeitsbericht übermittelt, dem wir folgende entnehmen: Die Bewerberzahl der männlichen Abteilung lag von 1920 im Vorjahre auf 4671 Bewerber. Von diesen Bewerbern kamen eine beträchtliche Anzahl aus dem Ausland. Im Vorjahre wurden nur 218 Bewerber vermittelt. Die Zahl der Bewerber hat sich also verdoppelt, die der Verhältnisse der Vermittlungen veranschlagt. Trotzdem konnten die Wünsche einer ganzen Anzahl junger Leute nicht befriedigt werden. Sie wünschten in irgend einem vorderen unterzukommen. Der Bedarf an diesen vorderen, Mechaniker, Elektriker, Tischler, Tischler hat wenig nachgelassen. Von den die Schule verlassenden Knaben wollen circa 1/3 aller Tischler werden, ein weiterer Viertel Schlosser, davon die meisten Autoschlosser. Lehrstellen in diesen Berufen sind bekanntermaßen in Danzig nur sehr wenige vorhanden. In anderen Berufen konnte wieder kaum ein Bedürfnis untergebracht werden trotz vorhandener Beschäftigten. Reinmetz, Steinmetz, Maler, Tischler wollten nur ganz wenige werden, trotzdem hier sogar manchmal Beschäftigten mit Roll und Wohnung vorhanden waren (was erfahrungsgemäß allerdings auch nicht immer gerade als eine Empfehlung angesehen werden kann. D. R.). Metallschlifferei war auch die Richtung zum Schmiedebetrieb nur gering, oder es meldeten sich für diesen ungeeignete, frische Leute. Auch der Bedarf zum Schneider, Konditor, und Kochbedarf war ziemlich groß, trotzdem in dem letzteren nur wenige Lehrstellen vorhanden waren, in den beiden ersten die Einstellung von Lehrlingen besteht ist. Eine Anzahl junger Leute konnte auf Land oder nach außerhalb geschickt werden. Für diese vorhandenen Lehrstellen nach Teutschland fanden sich recht wenige Bewerber. Ueberhaupt ist die Richtung unserer Jugend, hier sehr am Platz liegen zu bleiben, der Ausbildung unserer Nachwuchs gefährlich. Der Lehrling sollte wieder, wenn er ausgebildet hat, sein Mangel schänden und in die Welt hinausgehen. Dann würde er etwas lernen und hier wäre doch noch ein anderer. Unser Wirtschaftslieben ist sonst außerhande, die Ausbildungsmöglichkeiten für unsere Jugend zu geschweigen, wurde noch immer verhässelt wird. Behaltung unter der Hand von außerhande her einbringen, insbesondere im kaufmännischen Betriebe. Allerdings war es manchmal nicht zu vermeiden, infolge des Fehlens von Lehrlingen, z. B. mit polnischen Sprachkenntnissen, die hier viel verlangt werden.

Zur Auffklärung über Berufsfragen wurden an fast sämtliche Volk- und Mittelschulen der Stadt berufsunfähige

Besprechungen gehalten. Auch konnte an Elternabenden auf die Wichtigkeit der Berufswahl hingewiesen werden. Die Berufsberatung der höheren Schulen wurde am 1. April für höhere Schulbesucher durchgeführt. Die Bewerberzahl für die Mittelschulen, die dazu dienen, den Schülern den Weg in praktische Berufe zu weisen und in die Vorstufe für Abiturienten, die durch Fachleute und dem Berufsberatung, sowie durch einen Schulmann abgehalten wurden. Besonders Sprachkurse für höhere Schüler wurden eingerichtet.

Die Räume des Berufsamtes wurden verlegt in die Räume 7 und 8 des Hügels 2 der Miesenerstraße (Eingang Westplatz, ehemals Zwangsarbeitsanstalt), die weibliche Abteilung verbleibt in den Räumen des Jugendamtes. Im Entschieden begriffen ist das vom Berufsamt eingerichtete Lehrstipendium in der Arbeitsberatung, das in Verbindung steht mit anderen gemeinnützigen Einrichtungen für die Jugend und schon jetzt mittellose jungen Leuten Aufnahme gewährt.

In der weiblichen Abteilung ist die Bewerberzahl um das 3-fache gestiegen. Es kamen zur Beratung 1619 Personen (1920

1. Reichsarbeitersporttag!

Unter diesem Namen veranstaltet die „Zentralgewerkschaft für Sport und Körperpflege“, die sämtliche deutschen Arbeiterportverbände umfasst, am

Sonntag, den 29. Mai,

einen allgemeinen Wettbewerb in allen Orten Deutschlands. Auch die Danziger Arbeiterportler setzen sich in großzügiger Weise. Alles Nähere wird am Freitag folgt. Für heute sei allen Arbeiterinnen und Arbeitern Danzigs zugewandt: **Raus! Jesabzeichen und kommt am Sonnabend zum Festabend in die Petrischule, und am Sonntag**

auf den Heinrich-Ehlers-Platz.

neuer Bewerber, 660 Wiederbewerber), davon hatten 785 die Volksschule, 80 die Mittel-, und 94 die höhere Schule besucht. Berufsunfähige Vorzüge an Volksschulen wurden allein 26 gehalten, desgleichen auch an den anderen Schulen wurden die Mädchen vor der Schulauflösung über Berufsmöglichkeiten aufgeklärt. In einer besonderen Veranstaltung wurde über Zweck und Ziel der Frauenschule sowie über die große Gruppe der ländlichen Frauenberufe gesprochen. 461 Mädchen bewarben sich um eine Lehrstelle. Es konnten 182 Stellen nachgewiesen werden für Schneiderin, Nagel-, Wäsche- und Bekleidungs-, Kantor, Verkauf, Blumenbinden. Auch einige Hausangestellten in Stadt und Land. Dem Streben der weiblichen Jugend nach der Berufsbildung steht noch immer ein großer Stellenmangel gegenüber.

Das Fehlen von Qualitätsarbeiterinnen in den Frauenberufen veranlaßt das Berufsamt, gemeinsam mit den Fachschulen für bessere zielbewusstere Ausbildung der Frau zu sorgen. Die kurzfristige Kalternung junger Mädchen in der Schnelberuf wurde auf das entscheidendste bezwungen, denn hierdurch wird die Zahl der ungeringsten Arbeitskräfte nur vermehrt. Es wurden Werkstätten festgestellt, in denen 15 bis 20 Lehrlinge gegen Entgelt gehalten werden. Für den eigenen Bedarf finden junge Mädchen in der Fortbildungsklasse für freiwillige Schulrinnen an der großen Mühle vortreffliche Anleitung. Sodann wurden Maßnahmen zur geregelten Ausbildung von Tischlerinnen und Hauswirtschaftlichen getroffen. Zur Erlernung des hauswirtschaftlichen Berufes werden Haushaltungen nachgewiesen. Die Hausfrauen verpflichten sich zur gewissenhaften Ausbildung der Lehrlinginnen und es sollten sich mehr als bisher Hausfrauen mit Erfahrung und Verständnis für unsere Jugend der Ausbildung unserer Mädchen annehmen.

Das Streben, die gesamte Berufsberatung zu vereinfachen, macht sich immer mehr geltend. So wurden beide Abteilungen des Berufsamtes häufig von Kriegsschadigten mit von Kriegshinterbliebenen aufgelöst. Auch bei der weiblichen Abteilung macht sich der Mangel einer räumlichen Verbindung mit dem Arbeitsamt bemerkbar. Dem Wunsche nach Ausdehnung der Berufsberatung auf den ganzen Kreislauf konnte nur in ungenügendem Maße Rechnung getragen werden, da das Berufsamt eine Einrichtung der Stadtverwaltung Danzig ist, und ohne besondere Senatsverfügung seine Arbeit nicht ausdehnen kann. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn das Berufsamt, um die großen Aufgaben, die bereitliegen, voll erfüllen und die von den deutschen Berufsämtern im vergangenen Jahre geleistete wertvolle Arbeit hier ausweiten zu können, Gegenstand besonderer Fürsorge und Pflege seitens unserer Behörde würde. Denn ein gut arbeitendes Berufsamt kann für das Wirtschaftslieben von einer Bedeutung werden, wie man sie in Danzig bisher auch nicht annähernd einschätzen vermag. Die Öffentlichkeit sei deshalb noch nachdrücklich zur Förderung und Benutzung des Berufsamtes aufgerufen. Wenn bisher viele Wünsche nicht befriedigt werden konnten, so lag das an den unbedeutenden Verhältnissen und der noch immer vorhandenen Verhältnisslosigkeit.

Aquarien- und Terrarien-Ausstellung. Im 3. Stock des Barenhauses Freymann, das dem Verein der Aquarien- und Terrarienfreunde entgegenkommender Weise einen Teil des für die Ausstellung geeigneten Raumes zur Verfügung stellte, herrscht reges Leben. Die Ausstellung hat außer bei den Schulen auch im Publikum großes Interesse erweckt. Sie ist ein Ausschnitt aus dem Reich von Lebewesen, dem weiten feuchten Reich der Fische, das zu beobachten nur wenige Gelegenheiten haben. Dem Naturforscher aber bietet dieses Gebiet mit seiner abergroßen Fülle von Leben und wunderbaren Lebensformen ein geeignetes Feld für seine Forschungen und Schlüsse über den Werdegang des Lebens. Er weiß, daß bei der überreichen Bevölkerung des feuchten Elementes durch Tiere ihr Existenzkampf tausendfach rücksichtslos geführt wird, als auf dem Festlande. Er weiß, daß dieser erbitterte Kampf um die Erhaltung der Art auch die Anpassungsfähigkeit gewaltig steigert und in wunderbaren Formen ihre Lösung fand. Die unbegreiflichen Rätsel und Wunder des Lebens, an denen die der Natur entfremdeten Menschen so achillos vorbeigehen, im Reich der Fische drängen sie sich gemaltiger als anderswo dem forschenden Menschengeist auf. Die Aquarienfreunde haben sich durch diese Ausstellung ein großes Verdienst erworben, dadurch, daß sie Ausschnitte aus seinem Wunderland der Offenheit, leicht zugänglich machen und so das Naturinteresse steigern helfen. Der größte Teil des Raumes wird von Aquarien eingenommen. Da ist der goldschimmernde Schleierfisch, dessen lange schleierartige Seiten- und Schwanzflossen seinen hinteren Teil umwallen, so daß er der pompös aufgepufften Frau eines Progen gleicht. Er ist durch Zuchtwahl von den Japanern im Laufe von nahezu 1000 Jahren aus dem bekannten Goldfisch herangezogen worden. Andere Fische wieder schillern in hundertfachen Farben gleich Paradiesvögeln. Eine andere Fischart zeichnet sich durch die Farbenpracht des Männchens aus, deren Farbenanordnung bei jedem anders

ist, so daß unter Hunderten von Männchen nie zwei Exemplare von gleichem Aussehen zu finden sind. Unter den ausgefallenen Arten sind auch solche vertreten, die lebendige Junge zur Welt bringen gleich den Eidechsen. Von großem Interesse sind auch die Maulbrüter, deren Weibchen die Eier sorgfältig in ihrem Maule ausbrüten. Es ist das keine Kleinigkeit wenn man bedenkt, daß die Fischmutter während der 14-tägigen Brutzeit keine Nahrung zu sich nimmt und etwa 75 Sprößlingen das Leben geschenkt. Böhmig ausgebildet werden sie nach dieser Zeit ausgepflückt und nur bei drohender Gefahr sammelt sie die Mutter wieder auf. Die Zahl der ausgefallenen Aquarien ist zu groß um sie hier einzeln anzugeben. Von den Terrarien sind Eidechsen, Salamander, Frösche, Kröten und Schildkröten vertreten, die man bei ihrem Treiben beobachten kann. Größtes Staunen erregt allgemein die Stab- und Blattwespen. Erstere hat sich der Form eines Blattstückes angepasst. Die höchste Form, man könnte sagen, die vollendete Form der Anpassung, hat das Leben aber in der Blattwespe erreicht, die von einem grünen Eichenblatt nur dann zu unterscheiden ist, wenn sie sich bewegt. — Man kann nur wünschen, daß diese Ausstellung, die bis Ende der Woche dauert, recht regen Besuch wird. Sie ist der schönste Anschauungsunterricht, der das Naturinteresse wecken und erfolgreich fördern kann. B. G.

Bildung von Bezirksgruppen des Danziger Mietervereins. Die Mitgliederzahl des Danziger Mietervereins hat sich stark erhöht und es hat sich die Notwendigkeit ergeben, den Verein in Bezirksgruppen zu gliedern, bis in der Eignung bereits vorgezeichnet waren.

Neue Kundennamensliste. In der heutigen Nummer unserer Zeitung wird bekanntgemacht, daß sich die Haushaltungen auf Grund der neuen Nahrungshauptarten bei den Wädem und Kolonialwarenhandlern zur Kundennamensliste neu anmelden haben, und zwar: bei den Wädem, Brot- und Nudelhändlern in der Zeit von Freitag, den 27. bis Dienstag, den 31. Mai, und bei den Kolonialwarenhandlern in der Zeit von Mittwoch, den 1. bis Sonnabend, den 4. Juni. Bei den Speisehandlern findet eine Kundennamensliste nicht statt. Das Nähere ist aus der Bekanntmachung ersichtlich.

Wegfallener Seitenfuss. Die am Mittwoch in Glettau angeschwemmte Leiche wurde als die seit dem 27. Dezember vermisste verwesene Frau Olga Trudt geb. Neudlich aus Adligsborg ermittelt, die von ihrem Mann getrennt lebte und in Joppot in der Charlottenstraße wohnte. — In der Nacht zum 28. Mai gegen 9½ Uhr wurde auf einem Bahnübergang zwischen der Station Eutcherberge und Schötenort die furchtbar verstümmelte Leiche des 66-jährigen Arbeiters Rudolf Zimmer aus Chra aufgefunden. A. ist in der Nacht zum Heberstreiten der Geleise von einem Zuge überfahren worden. Die Leiche ist nach Feststellung der Person des Täters den Angehörigen freigegeben worden.

Der Doppelmord in der Eisenbahn bei Marienburg. Am Abend des 11. Februar d. J. sind bekanntlich im Zuge 1019 Marienwerder—Marienburg in einem Abteil 2. Klasse, zwischen den Stationen Braunsvalde und Marienburg die Witwe Emilie Will und deren Tochter die Lehrerin Jeannine Will erschossen aufgefunden worden. Die Ermordeten waren auf der Reise von ihrem bisherigen Wohnort in Graudenz nach Magdeburg. Der Doppelmord konnte bis jetzt nicht ermittelt werden. Es wurden wohl mehrere Personen in Haft genommen, doch mußten sie bald wieder entlassen werden. Seit einiger Zeit befindet sich im Marienburger Gefängnis ein Mann unter dem Verdacht des Doppelmordes in Untersuchungshaft. Es ist dies der polnische landwirtschaftliche Unternehmer Schippl. Er behauptet zwar, nie in Graudenz gewesen zu sein, jedoch wollen ihn andere Personen dort gesehen haben. Ob Schippl der Täter ist, muß die weitere Untersuchung lehren.

Aus aller Welt.

Die Berliner städtischen Werke bleiben in kommunaler Verwaltung. Die von uns vor einigen Tagen gebrachte Nachricht, daß die Absicht besteht die städtischen Werke Berlins in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln scheint sich nicht zu bestätigen. Der Berliner Magistrat teilt vielmehr mit, daß die Werke nach dem Entwurf der neuen Satzungen, der demnächst von den Bezirksbürgermeistern beraten wird, auch weiterhin in rein kommunaler Verwaltung bleiben.

Ein Bestechungsversuch ungarischer Kinobesitzer. In Ungarn erregt ein Bestechungsversuch an einem Abgeordneten Aufsehen. Die Kinobesitzer boten dem Abgeordneten Gömbö 100 000 Kronen für seine Vermittlung beim Minister. Er verlangte aber eine Viertelmillion. In offener Parlamentssitzung bekannte der Abgeordnete Gömbö seine Beteiligung und erklärte, er habe die Summe nur gefordert, um die Bestecher zu entlarven.

Tiere beim Jazz-Konzert. Einen überraschend guten Musikgeschmack zeigten die wilden Tiere des Neuporters Zoologischen Gartens bei einem Versuch, den Professoren der Universität Columbia jüngst anzustellen. Die Gelehrten veranstalteten nämlich, um die Tierpsychologie zu studieren, ein Jazz-Konzert für die Affen, die Eidechsen, die Wölfe, Löwen und Tiger des Zoo und beobachteten auf das genaueste die Wirkung, die diese in unseren Tanzsälen so außerordentlich beliebte Musik auf die Gemüter der Tiere hervorrief. Aber die gelangenen „Kinder der Wildnis“ haben augenscheinlich einen anderen Geschmack als das moderne Publikum. „Die Affen“, so besagt eine Schilderung des „New York Herald“, fingen zwar sofort an „Chimney“ zu tanzen, aber nicht aus Wohlgefallen über die Klänge des Orchesters, sondern um dadurch ihre Wut zu bezwingen. Die Löwen, Tiger und Wölfe äußerten durch große Unruhe, starkes Brüllen und Fauchen ihre Entrüstung über den Jazz. Die Aufregung der Tiere steigerte sich derart, daß das Konzert abgebrochen werden mußte, bevor noch die Hälfte des Programms zu Ende war.

Wüstlingsstreifen in Berlin B. Empörende Vorgänge im Bayerischen Viertel kamen durch eine aufsehenerregende Verhaftung in der Badenschen Straße zu Schöneberg und Tageslicht. Schon seit geraumer Zeit gingen Gerüchte um, daß dort in der Wohnung des bekannten Fliegens- und Flugzeugfabrikanten Emil Jeannin sich Dinge zutrügen, die das Licht zu scheuen hätten. Man vernahm wiederholt heftige Ausbrüche und erfuhr, daß es sich um Auseinandersetzungen zwischen Eltern und Schülerinnen aus im Westen gelegenen, Euseen und dem Flieger handelte. Die Gerüchte wurden immer bestimmter und veranlaßten schließlich die Kriminalpolizei zu Beobachtungen und zum Einschreiten. Es ergab sich, daß Jeannin, ein Mann von 45 Jahren, der aus Wilhelm im Glas stammt, früher einer der ersten Berufsfieger war, dann Flugzeuge baute und zuletzt die Angewerke in Reinickendorf vermarkte, einen regen Verkehr mit zum Teil noch nicht 18 Jahre alten Mädchen unterhielt. Diese, meist Schülerinnen von Jungen, besuchten ihn oft in seiner Wohnung in der Badenschen Straße, die er luxuriös ausgestattet hatte. Küber den ganz jungen Mädchen kamen auch ältere und Frauen. Eine Vermittlerin war die Tochter eines Großindustriellen, die er vor vier Jahren in seine Liebe gelockt und auch an sich gefesselt hatte. Die Tochter des Industriellen machte sich in der Lauerstraße und anderen Straßen an die jungen Mädchen heran und führte sie dem Flieger zu. Jeannin und seine Helferinnen wurden leicht erhascht. Er leugnet zwar, doch erscheint er vollständig überführt. Die Frau des Verhafteten ist schon vor längerer Zeit nach Puthausen zurückgeführt.

Danziger Nachrichten.

Der Volkstag zur Steuerfrage.

Der Volkstag beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Beratung der auf vorläufige Erhebung der Steuern für das erste Quartal nach der Veranlagung des Vorjahres. Die bürgerlichen Parteien erklärten sich nach den beabsichtigten Ausführungen des Finanzministers Dr. Volkmannt bereit, die Verabschiedung des Steuerentwurfes zuzustimmen. Die links-Parteien, von den Polen bis zu den Kommunisten, sprachen sich gegen das Steuerentwurf aus. Genosse Kees wies darauf hin, daß die Bürgerlichen die Beratung der neuen Steuerentwürfe im Ausschuss verschleppen. Die sozialdemokratische Fraktion will jedoch, daß die neue Steuerentwürfe recht bald zur Verabschiedung kommen. Da die Links-Parteien nicht einverstanden sind, so muß die Verabschiedung des Steuerentwurfes nicht zustimmen. Im Steuerentwurf müsse schneller gearbeitet werden. Genosse Kees konnte in der Debatte noch recht wirkungsvoll und eindringlich die bestehenden Steuerentwürfe durch beweisreiches Material belegen. Wenn im Jahre 1919 von 121 518 Steuerpflichtigen nur 2077 ein Einkommen von über 6000 Mark vermeldet haben, so liegt in diesem Zahlenverhältnis zweifellos der Beweis, daß die Steuerentwürfe der Reichsregierung einen Umfang angenommen hat, der zur Rückstufung führen muß. Diese völlig ungenügende Erfassung der höheren Einkommen ist die Ursache der unvollständigen Besteuerung der vermögenden Bevölkerung. Solange sich Volkstag und Senat nicht dazu entschließen können, hierin grundlegend Wandel zu schaffen, wird die Steuerfrage dauernd eine Quelle harter innerpolitischer Beunruhigung bilden. Den Bürgerlichen war die öffentliche Aufdeckung des Steuerbetruges der Besteuerten wenig angenehm. Es konnten jedoch gegen diese Tatsachen nicht ankommen und beschränkten sich darauf, über einen Bruch der Vertraulichkeit zu klagen.

Die Sitzung erörterte auch den schon bald üblich gewordenen Zwischenfall nicht. Der deutschnationaler Redner Dr. Niehus löste mit seiner Verteidigung der Stellungnahme der Reichsregierung starke Unterbrechungen seitens der äußersten Linken aus, so daß der Präsident die Sitzung um eine halbe Stunde aussetzte. Die Abstimmung über die von den Deutschnationalen beantragte Überweisung des Steuerentwurfes an den Ausschuss, wurde auf sozialdemokratischen Antrag auf Sonnabend vertagt.

Die eingangs der Sitzung vom Präsidenten an die Abgeordneten gerichtete Mahnung auf Begehung der kostspieligen Reden und auf Besserung des Verhandlungsstones wird die Öffentlichkeit nur unterstreichen können. Die Beherzigung dieser Wünsche liegt nicht nur im Interesse der Steuerzahler, sondern auch im Interesse des Parlaments selbst.

Schwierige Lage der Danziger Kohlenversorgung.

Rom Senat wird uns mitgeteilt: Die Kohlenversorgung der Freien Stadt Danzig erfolgte bisher auf Grund eines Abkommens mit dem Reichskohlenkommissar in Berlin, wonach der Freien Stadt Danzig ein Kohlenkontingent von circa 22 000 Tonnen monatlich zur Verfügung gestellt wurde. Diese Kohlenmengen wurden zu zwei Dritteln aus Oberschlesien und zu einem Drittel aus Westfalen und den Braunkohlenrevieren geliefert. Mit Einsetzen der Unruhen in Oberschlesien, seit Anfang Mai, hat die Zufuhr von Kohlen aus Oberschlesien vollkommen aufgehört. Nach Mitteilung des Reichskohlenkommissars in Berlin und des interalliierten Kohlenbureaus in Oppeln ist auch in absehbarer Zeit mit Lieferung von Kohlen aus Oberschlesien nicht zu rechnen. Zufuhren aus anderen Kohlenrevieren kommen auch nicht in Frage, weil der Ausfall an ober-schlesischen Kohlen in Deutschland zunächst und in erster Linie durch die Förderungen der sonstigen Kohlenreviere gedeckt werden muß. Hierdurch ist die Lage der Kohlenversorgung der Freien Stadt Danzig außerordentlich schwierig geworden; sie kann katastrophal werden für unser Wirtschaftsleben, wenn es nicht gelingen sollte, ausländische Kohlen heranzuschaffen. Schritte, die darauf gerichtet sind, sind unternommen, ihr Erfolg bleibt abzuwarten. Der Oberkommissar hat, wie stets,

Seine Maßnahmen, um die Kohlenversorgung der Freien Stadt Danzig zu sichern, er hat sich bereits beim Reichskohlenkommissar in Berlin um die Entlastung der freien Stadt Danzig bemüht.

Die werden die Danziger Kohlenversorgung durch die Kohlenlieferung aus dem Ausland sichern. Die Kohlenlieferung aus dem Ausland ist durch die Kohlenlieferung aus dem Ausland gesichert. Die Kohlenlieferung aus dem Ausland ist durch die Kohlenlieferung aus dem Ausland gesichert.

Die Ausstellung der Reichs-Verordnung über die Kohlenlieferung aus dem Ausland ist am 20. und 21. Mai in der Sitzung der Reichsversammlung in Berlin erfolgt. Die Reichsversammlung hat am 1. und 2. Juni in der Reichsversammlung die Kohlenlieferung aus dem Ausland beschlossen. Die Kohlenlieferung aus dem Ausland ist durch die Kohlenlieferung aus dem Ausland gesichert.

Die Reichsversammlung hat am 20. und 21. Mai in der Sitzung der Reichsversammlung in Berlin die Kohlenlieferung aus dem Ausland beschlossen. Die Kohlenlieferung aus dem Ausland ist durch die Kohlenlieferung aus dem Ausland gesichert.

Die Reichsversammlung hat am 20. und 21. Mai in der Sitzung der Reichsversammlung in Berlin die Kohlenlieferung aus dem Ausland beschlossen. Die Kohlenlieferung aus dem Ausland ist durch die Kohlenlieferung aus dem Ausland gesichert.

Die Reichsversammlung hat am 20. und 21. Mai in der Sitzung der Reichsversammlung in Berlin die Kohlenlieferung aus dem Ausland beschlossen. Die Kohlenlieferung aus dem Ausland ist durch die Kohlenlieferung aus dem Ausland gesichert.

Die Reichsversammlung hat am 20. und 21. Mai in der Sitzung der Reichsversammlung in Berlin die Kohlenlieferung aus dem Ausland beschlossen. Die Kohlenlieferung aus dem Ausland ist durch die Kohlenlieferung aus dem Ausland gesichert.

Die Reichsversammlung hat am 20. und 21. Mai in der Sitzung der Reichsversammlung in Berlin die Kohlenlieferung aus dem Ausland beschlossen. Die Kohlenlieferung aus dem Ausland ist durch die Kohlenlieferung aus dem Ausland gesichert.

III. Versammlung Angelegenheiten III.

- Reichsversammlung der S. P. D. am 20. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Cafe Derra, wichtige Angelegenheiten.
- Reichsversammlung der S. P. D. am 21. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Cafe Derra, wichtige Angelegenheiten.
- Reichsversammlung der S. P. D. am 22. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Cafe Derra, wichtige Angelegenheiten.
- Reichsversammlung der S. P. D. am 23. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Cafe Derra, wichtige Angelegenheiten.
- Reichsversammlung der S. P. D. am 24. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Cafe Derra, wichtige Angelegenheiten.
- Reichsversammlung der S. P. D. am 25. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Cafe Derra, wichtige Angelegenheiten.
- Reichsversammlung der S. P. D. am 26. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Cafe Derra, wichtige Angelegenheiten.
- Reichsversammlung der S. P. D. am 27. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Cafe Derra, wichtige Angelegenheiten.
- Reichsversammlung der S. P. D. am 28. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Cafe Derra, wichtige Angelegenheiten.
- Reichsversammlung der S. P. D. am 29. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Cafe Derra, wichtige Angelegenheiten.
- Reichsversammlung der S. P. D. am 30. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Cafe Derra, wichtige Angelegenheiten.
- Reichsversammlung der S. P. D. am 31. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Cafe Derra, wichtige Angelegenheiten.

Aus dem deutschen Osten.

Großer Eisenbahnschuppenbrand in Danzig. Am Mittwoch nachmittag brach nach einer „D. Z.“-Berichtung in einem Schuppen, der zum Rangierbahnhof Danzig gehört, Feuer aus, das sich mit ungeheurer Schnelligkeit auf weitere Schuppen ausbreitete. Vier Schuppen, in denen meistens Torf, Briten, Kohlen, kleine und große Lager, Brummen vollständig nieder. Ein weiterer der niedergebrannten Schuppen erhielt das Lager der Wirtschaftsgesellschaft der Gewerkschaft der Eisenbahner, aus dem in der Nacht zum 20. Mai für mehr als 50 000 Mark Kleiderstücke durch Einbruch gestohlen worden waren. Die dort noch lagernden Kleider und Stoffe konnten glücklicherweise noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden, die die Flammen auch diesen Schuppen ergreifen. Ueber den Schaden läßt sich noch nichts sagen. Man spricht nach vorsichtiger Schätzung von mindestens zwölf Millionen Mark. Spät abend war die Feuerwehre noch mit Absch- und Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Das Feuer soll auf Selbstentzündung des Torfes zurückzuführen sein.

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Waffenhandelsnachrichten am 24. Mai 1921.

	gestern	heute	gestern	heute
Jawidost	1,22	1,22	Ditjan	1,54
Worshau	1,63	1,63	Walage	2,10
Thorn	1,44	1,44	Schwarzhof	2,36
Forbon	1,39	1,39	Schönan D. P.	2,44
Gulm	1,45	1,45	Walzenberg D. P.	2,49
Brandenburg	1,66	1,66	Hambrechtshof	2,09
Rurdebrack	2,10	2,10	Waldsdorf	2,36
Montauespitz	1,62	1,44	Kunawitz	2,36
Pielack	1,65	1,46		

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Kolbe, für den Danziger Nachrichten und die Unterhaltungsbeilage Dr. Weber, beide in Danzig; für die Industrie Dr. J. G. G. in Olska. Druck und Verlag von J. G. G. in Danzig.

Reichstagsabgeordneter, Genosse Eduard Bernstein Berlin

Öffentlicher Versammlung am Freitag, den 27. Mai, abends 6 1/2 Uhr im Kaffee Derra, 2. Neugarten in Danzig über Die Lage des deutschen Volkes und die Politik der Sozialdemokratie. Die außerordentliche Bedeutung, die dem Thema und dem Referenten als den bekanntesten Theoretiker der sozialdemokratischen Bewegung zukommt, sollte zum vollzähligen Besuch dieser Versammlung Veranlassung geben. Der Eintritt kostet 1 Mark. Mitglieder der S. P. D. haben gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches freien Eintritt. Sozialdemokratische Partei Danzig.

Zur Schließung der Elbinger Schichauwerke.

Über die wir bereits berichteten, werden uns noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Nach der großen Aussperrung im Jahre 1920 hatte die Arbeiterschaft der Firma, gezwungen durch die wirtschaftliche Notlage, die Arbeit unter den denkbar ungünstigsten Einstellungsbedingungen wieder aufgenommen. Ein Verlust besagte unter anderem, man die Ruhe im Betriebe in irgend einer Form wieder hergestellt werden. In den Verhandlungen der Firma mit dem Betriebsrat nach Eröffnung des Betriebes erklärte die Firma, daß sie durch die Verhältnisse des Revolutionsjahres, in welchem der Betrieb schwere Erschütterungen durchgemacht hatte, nicht in der Lage wäre, dieselben Löhne zu zahlen, wie die übrigen Industrien des Ostens. Versprochen aber, sobald sich die Leistungsfähigkeit des Betriebes erhellt hätte, die Löhne auf dieselbe Höhe zu bringen. Die Abneigung der Schichauarbeiter ist heute noch um 1- bis 1,20 Mt. hinter den Löhnen der übrigen Arbeiter der Eisenindustrie des Ostens zurück. Durch die ausländischen Löhne befinden sich die Schichauarbeiter fortgesetzt in äußerst ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen, so daß sie sich durch die nunmehr wieder einsetzende Steigerung der Lebensmittelpreise gezwungen sehen, am 27. April mit neuen Lohnforderungen, die sich nebenbei gesagt in beachtlicher Höhe bewegen, an die Firma heranzutreten. Bei den Verhandlungen über die Lohnforderung am 18. und 19. Mai zeigte es sich, daß die Firma von einer Lohnreduzierung absolut nichts wissen wollte. Sie begründete dieses damit, daß zurzeit keine

Aufträge vorhanden wären, folglich müsse sie die Lohnforderung der Arbeiter ablehnen. Auch die vom Betriebsrat in einer mildereren Form gestellten Forderungen wurden von der Firma strikte abgelehnt. Zu der gleichen Zeit wurde auch über den Lohn im Februar gestellten Antrag auf Bewährung von Sommerferien unter Fortzahlung des Lohnes verhandelt. Der Vertreter der Firma gab die handliche Erklärung ab, daß die Firma nicht gewillt wäre, einen Sommerurlaub zu bewilligen. Sie würde aber bereit sein, den Arbeitern eine Gratifikation in Höhe eines Wochenlohnes wie im Vorjahr zu erstatten, sobald im Juni und Oktober zu geschähen. Die Forderung des Betriebs wurde von der Firma mit sehr fadenscheinigen Argumenten begründet. Obwohl sie bei der Lohnverhandlung die Erklärung abgegeben hatte, daß keine größeren Aufträge vorhanden wären, kam sie in der Verhandlung mit dem Umwand, es seien doch einige bedeutende Aufträge vorhanden, die unter günstigen Bedingungen angenommen werden, und unbedingt fertiggestellt werden müssen. Die große Abneigung beider Parteien und das widerstreitende Verhalten der Firma führte naturgemäß zu einer großen Erregung der Arbeiterschaft, welche sich am nächsten Tage nach der Verhandlung in einer spontan ausbrechenden Demonstration äußerte. Die Arbeiter verlangten von der Firma im Gegenzugkommen in der nächsten Woche. Die Firma erklärte unter dem Druck der Demonstration nicht verhandeln zu wollen, und ließ durch den Betriebsrat die Arbeiter auffordern, sich an ihre Arbeitsplätze zu begeben. Die Arbeiter leisteten der Aufforderung ohne weiteres Folge, und es war bestimmt zu erwarten, daß die Ruhe im Betriebe aufrecht erhalten werden konnte. Nachdem die Firma einen entsprechenden Antrag gestellt, in welchem erneut auf die Schließung des Betriebes gedrungen wurde. Die Firma widerwehrt sich nicht.

man vorerst, es kam wiederum zu Verhandlungen über die Schließung des Betriebes. Die Entscheidung der Angelegenheiten beruht bei der Firma den vielfach mitgeteilten Antrag des Betriebs zu stellen. Die Erregung und das spontane Handeln der Schichauarbeiter kann man nur voll verstehen, wenn man hört, daß ungelohnte Arbeiter bis heute noch mit einem Stundenlohn von 1,00 und 1,20 Mt. arbeiten müssen. Gerade diese Gruppe der Arbeiter ist die treueste und die am meisten durch die Firma zu erhöhen. Es gab nämlich Familienmütter, die mit einem Wochenverdienst von 10-12 Mt. abgepasst wurde. Abhängig war unter diesen Umständen das Überleben der armen Unternehmungen. Diese Arbeiter sind die Schichauarbeiter, die die Firma auf die Schließung des Betriebes drängen. Die Firma hat die Schließung des Betriebes von Seiten der Firma jede Vorbereitung getroffen, kann man davon aus der Erklärung des Vertreters der Firma entnehmen, welche besagte, daß bestimmte Anweisungen für die Betriebsleitung vorliegen, wie sie in dieser Situation zu handeln hätte. Die Arbeiter der Schichauwerke appellieren an die Solidarität der Arbeiterschaft im Ost- und auch im Reich.

Diese Arbeiterschaft bestätigt unsere bereits von vornherein ausgesprochene Meinung, daß die Rettung der Schichauwerke wieder einmal ihre allbekannte Mütter zum Opfer lassen würde. In diesen Angelegenheiten kommt die Gemeingefährlichkeit, die in der Nacht der Industrien und der Arbeiter liegt, erneut zum Ausdruck. An der Spitze der Arbeiter steht aber auch, daß die Arbeiterschaft demgegenüber alle Ursache hat, wenn nur darauf bestehen Unternehmern keine billigen Gelegenheiten zu derartigen Nachfragen zu geben.

Abgabe von Butter.

Von Freitag, den 27. d. Mts. ab werden auf die Marke 8 der Speisefettkarte 62,5 Gramm Butter zum Preise von Mk. 13.— für das Pfund in den Vororten Neufahrwasser, Weichselmünde, Bräsen, Sausal, Heubude, Schilling, Stadtgebiet und Gangfuhr zur Ausgabe gelangen. Die Butterhändler der genannten Vororte erhalten die Bezugscheine am Donnerstag, den 26. d. Mts., in der Zeit von 4,0—4,1 Uhr, in der Molkereiabteilung, Wiebenkaferne, Flügel 3, Zimmer 3. Die Einreichung der Marken erfolgt in der üblichen Weise.

Danzig, den 24. Mai 1921.
Der Senat.
Nahrungskartensache. (4370)

Neue Kundenanmeldung.

1. Von Freitag, den 27., bis Dienstag, den 31. Mai, haben sich die Haushaltungen bei den Bäckern, Brot- und Mehllieferanten, bei denen sie käuflich ihr Brot und Mehlwaren empfangen wollen, zur Kundenliste anzumelden. Von Mittwoch, den 1., bis Sonnabend, den 4. Juni, haben die Anmeldungen zur Kundenliste bei den Nationalwarenhandlern statt, von denen die Haushaltungen käuflich ihre Backwaren und etwa besonders wertvolle Lebensmittel beziehen wollen. Die Haushaltungen haben zu diesem Zwecke die für ihre Haushaltungsmöglichkeit neu angelegten Nahrungskartensachen vorzulegen. 2. Die Eintragung in die Kundenliste erfolgt nach Maßgabe der Anmeldung, welche den Kundenanmeldebüchern vorgelegt ist. Es wird hierbei darauf hingewiesen, daß die betreffenden Gewerbetreibenden ihren Firmenstempel und die Nummer der Kundenanmeldebücher auf die dazu gekennzeichneten Abschnitte der neuen Nahrungskartensachen setzen müssen. Auch haben die Gewerbetreibenden darauf zu achten, daß die vorgelegten Nahrungskartensachen ordnungsgemäß mit Vor- und Familiennamen, Geburtsdatum sowie der Wohnung der Nahrungskartensachen-Inhaber und mit dem B-Siegel "Kartensache zu Danzig" versehen sind. Unausgefüllte Nahrungskartensachen sind auch solche, von denen der Gewerbetreibende weiß oder den Umständen nach anzunehmen muß, daß sie zu Unrecht begeben, dürfen zur Kundenanmeldung nicht angenommen werden. In diesen Fällen muß der Nahrungskartensache, Wiebenkaferne, entsprechende mündliche oder schriftliche Mitteilung gemacht werden. Eine Neuanmeldung von Kundenlisten erfolgt nicht. Zu den Kartensachen sind die alten Kundenlisten soweit möglich zu verwenden. Falls von den Gewerbetreibenden Verdrüsse für die Kundenlisten bemerkt werden, können dieselben in der Nahrungskartensache, Wiebenkaferne, Flügel 3, Eingang Poggenpfehl, 1. Obergeschoss, Zimmer 19, in Empfang genommen werden. Diese Verdrüsse sind in die Kundenlisten einzubringen.

Danzig, den 24. Mai 1921.
Der Senat.
Nahrungskartensache. (4377)

Bekanntmachung.

Die nicht Seebadbesitzer Bräsen, Meißnerplatz, Heubude und Weichselmünde werden am Sonntag, den 28. Mai 1921 eröffnet. Die Badezeit ist täglich von 6 Uhr morgens bis zum Sonnenuntergang.

Danzig, den 25. Mai 1921.
Der Senat.
Städt. Seebadverwaltung. (4383)

Abgabe von Butter.

Von Sonnabend, den 28. Mai ab werden auf die Marke 8 der Speisefettkarte 62,5 Gramm Butter zum Preise von Mk. 13.— für das Pfund für die Bewohner der inneren Stadt zur Ausgabe gelangen. Die Butterhändler der inneren Stadt erhalten die Bezugscheine am Freitag, den 27. Mai, in der Zeit von 4,0 bis 4,1 Uhr vormittags, in der Molkereiabteilung, Wiebenkaferne, Flügel 3, Eingang Poggenpfehl, Zimmer 3. Die Einreichung der Marken erfolgt in der üblichen Weise.

Danzig, den 25. Mai 1921.
Der Senat.
Nahrungskartensache. (4382)

750 Bassma
Feinschnitt-Tabak
für Zigarren und kurze Pfeife
in unveränderter Qualität

Tabakfabrik B. Schmidt Nachf., Danzig, Röhren 18
Tel. 2327.
Fabriknebenstraße Danzig-Schilling, Karthausstraße 113
Tel. 2767. (4384)

Pa. Preßtorf
in vorzüglicher Qualität, offeriert zur Lieferung
vom 1. bis Juli. Bestellungen jetzt schon erbeten.

H. Wandel
4190
Karlshofstraße 18-17. Telefon Nr. 207.

Abgabe von Butter.

Von Freitag, den 27. d. Mts. ab werden auf die Marke 8 der Speisefettkarte 62,5 Gramm Butter zum Preise von Mk. 13.— für das Pfund in den Vororten Neufahrwasser, Weichselmünde, Bräsen, Sausal, Heubude, Schilling, Stadtgebiet und Gangfuhr zur Ausgabe gelangen. Die Butterhändler der genannten Vororte erhalten die Bezugscheine am Donnerstag, den 26. d. Mts., in der Zeit von 4,0—4,1 Uhr, in der Molkereiabteilung, Wiebenkaferne, Flügel 3, Zimmer 3. Die Einreichung der Marken erfolgt in der üblichen Weise.

Danzig, den 24. Mai 1921.
Der Senat.
Nahrungskartensache. (4370)

Reichshof-Palast
Danziger vornehmstes Weinhaus u. eleganteste Bar
Heute Donnerstag, den 26. Mai
Ehrenabend
für die beliebten Tänzerinnen Tina Matja u. Jase Ellers
dazu das glänzende Mai-Programm
Palast-Kapelle Wenz
Erstklassige Küche Delikatessen der Saison

Kleide dich billig, elegant!
in Lederschuhen, Mänteln, etc.
Jackett- und Sport-
Anzüge, Outfitters,
gute Stoffe, elegant's Pattern.
billige Preise. 1920
Keine Lombardwaren.

Die Scheidungseise
Die Scheidungseise
Abschieds-Abend
für das gesamte Operetten-Ensemble
Vorverkauf Ende d. Mts. v. 10—11 Uhr nur
im Deutscher-Haus Langgasse 69/70 statt.
Nach Schluß der Vorstellung:
Fahrtvorstellungen nach allen Richtungen.
In den Parkett-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Neues Operetten-Theater

(Ehemal. Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Direktor v. Direktor Paul Ehrenreich.
Musik. Leitung: Dr. Edmund Kowalek.
Mittels Donnerstag, den 26. Mai
Anfang 7.30 Uhr. Anfang

Reichshof-Palast
Danziger vornehmstes Weinhaus u. eleganteste Bar
Heute Donnerstag, den 26. Mai
Ehrenabend
für die beliebten Tänzerinnen Tina Matja u. Jase Ellers
dazu das glänzende Mai-Programm
Palast-Kapelle Wenz
Erstklassige Küche Delikatessen der Saison

Kleide dich billig, elegant!
in Lederschuhen, Mänteln, etc.
Jackett- und Sport-
Anzüge, Outfitters,
gute Stoffe, elegant's Pattern.
billige Preise. 1920
Keine Lombardwaren.

Die Scheidungseise
Die Scheidungseise
Abschieds-Abend
für das gesamte Operetten-Ensemble
Vorverkauf Ende d. Mts. v. 10—11 Uhr nur
im Deutscher-Haus Langgasse 69/70 statt.
Nach Schluß der Vorstellung:
Fahrtvorstellungen nach allen Richtungen.
In den Parkett-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Zöpfe

von 10 bis 280 Mark
Doppelknoten
sehr modern und beliebt
Mark 28.—
Haubenneze
Mark 1.80
Wie anderen Haar-
Erfagteile
in bestem Material u. best. Arbeit
empfiehlt
Saarhandlung
Rob. Kleefeld
Brettgasse 6. (4376)

Kosmos-Bücher
Wir empfehlen folgende
Bücher, Die Abstammung des Menschen . . . 12.—
Der Stammbaum der Tiere . . . 5.20
Im Steinkohlenwald . . . 5.20
Der Mensch der Tertiarzeit . . . 5.20
Der Mensch der Pleistozänzeit . . . 5.20
Pestländer und Meere . . . 5.20
Tierwanderungen in der Urwelt . . . 5.20
Der Mensch der Zukunft . . . 5.20
Stammbaum der Insekten . . . 5.20
Eiszeit und Klimawechsel . . . 5.20
Der Sieg des Lebens . . . 5.20

Buchhandlung Volkswacht
am Spandauer 6 und
Paradiesgasse 32

Sonderangebot

Während meiner letzten Einkaufsreise hatte ich Gelegenheit, ein Restlager einer bedeutenden Damenhutfabrik in nur neuen, diesjährigen

Hutformen

besonders preiswert zu erstehen und biete ich mit dieser Ware meiner Kundschaft eine

außergewöhnlich günst. Kaufgelegenheit

- Tagalhüte** in nur aparten Farben und Formen Stück 48.50, 39.50, **29.50**
- Lizenhüte** schwarz, in guten jugendlichen und Frauen-Formen . . . Stück 24.50, **19.50**
- Basthüte** schwarz und farblich, in leichten und soliden Formen . . . Stück 19.50, 14.50, **6.50**
- Sporthüte** farbiger Bastkopf mit Lilienrand und viele and. Arten . Stück 29.50, 22.50, **19.50**

Ein Posten
abgepaßte
Seiler
mit hübschen
Seideneffekten
9.75

Sternfeld
Danzig.

Meine
Filiale
Langfuhr
bleibt
dasselbe.